



Beschluss der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 17. November 2018 in Koblenz

Reform der Grundsteuer jetzt!

Die KPV fordert die Bundesregierung und alle Länder auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, damit die Grundsteuer auch künftig als mit kommunalem Hebesatz versehene Abgabe erhoben werden kann. Dabei ist durch Kombination von Faktoren über Größe, Nutzungsart und Lage sicherzustellen, dass die Erhebung in einem einfachen elektronischem Verfahren erfolgen werden kann und gewährleistet wird, dass das Erhebungsverfahren einfach zu handhaben ist und ohne großen Aufwand aktuell der Entwicklung anzupassen ist.

Durch einen Landesfaktor ist die aufkommensneutrale Umstellung auf Ebene der Bundesländer sicherzustellen.

Auf Landesebene ist zudem Vorsorge dafür zu treffen, dass im Falle des Scheiterns einer bundeseinheitlichen Regelung die Grundsteuer den Kommunen ohne Unterbrechung erhalten bleibt.“